

Helmut Martens

Neue Wirtschafts- demokratie



**Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise
von Ökonomie, Ökologie und Politik**

Helmut Martens
Neue Wirtschaftsdemokratie

Helmut Martens, Dr. rer. pol., Politologe und Soziologe, ist seit 1973 wissenschaftlicher Angestellter an der Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs). Er war von 1984 bis 2009 Mitglied des wissenschaftlichen Leitungsgremiums der sfs und ist Mitinitiator des »Forum Neue Politik der Arbeit«.

Dieter Scholz, ehem. Vorsitzender des DGB Berlin-Brandenburg und Vorsitzender des »Forum Neue Politik der Arbeit«.

Helmut Martens

Neue Wirtschaftsdemokratie

Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise
von Ökonomie, Ökologie und Politik

VSA: Verlag Hamburg

www.sfs-dortmund.de

www.forum-neue-politik-der-arbeit.de

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2010, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
Umschlagfoto: dpa
ISBN 978-3-89965-428-8

Inhalt

1. Vorwort von Dieter Scholz	7
2. Einleitung	11
3. »Zeitenwende« oder »Epochenbruch« – Herausforderungen im Zeichen von Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise	27
3.1 Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise: Impuls und Herausforderung	27
3.2 Zum Spektrum der Krisendiskussion in Wissenschaft und Politik	29
3.3 Die Gewerkschaften im Angesicht sich mehrfach überlagernder Krisenentwicklungen	34
3.4 Die Sozialwissenschaften angesichts der Krise des neoliberalen Projekts	38
3.5 Schlussfolgerungen – zehn Thesen	40
4. Soziale Konflikte und Ansätze primärer Arbeitspolitik im Konjunkturzyklus 2002 bis 2008	45
4.1 Standortverlagerungen, Mitbestimmung und Ansätze einer gewerkschaftlichen Revitalisierung am Ende der »Deutschland AG«	45
4.2 Der soziale Konflikt als Aspekt und Gegenstand von Arbeitsforschung	48
4.3 Standortkonflikte und neue arbeitspolitische Initiativen	54
4.4 Weiterführende Fragen – nicht nur, aber auch in einer europapolitischen Dimension	62
4.5 Schlussbemerkung	71
5. Krise der Politik als Herausforderung für eine »Neue Wirtschaftsdemokratie«	75
5.1 Zur Problemstellung	75
5.2 Offene Fragen des demokratietheoretischen Diskurses im Ausgang der 1970er Jahre	78
5.3 Die aktuellen Debatten um die Krise demokratischer Politik	82
5.4 Zur Krise der Politik bei Arendt, Bauman, Agamben und J. Rancière	86

5.5 Zwischenfazit	93
5.6 »Das Wunder der Politik«: Demokratie in der Gesellschaft, aber auch in der Wirtschaft	97
5.7 Schlussbemerkung	108
6. Beteiligung und Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen – Wirtschaftsdemokratie »von unten«	111
6.1 Beteiligung im Kontext unterschiedlicher konzeptioneller Zugriffe	111
6.2 Beschäftigtenbeteiligung als schwierige Herausforderung im System der industriellen Beziehungen der alten »Deutschland AG«	114
6.3 Neue Beteiligungspotentiale als Chance zur Bewältigung wirtschaftsdemokratischer Herausforderungen	123
7. Mitbestimmung, Ansätze einer solidarischen Ökonomie und »neue Wirtschaftsdemokratie«	131
7.1 Anknüpfungspunkte	131
7.2 Zum aktuellen Kontext	132
7.3 Der historische Kontext: Mitbestimmung – Wirtschaftsdemokratie – Sozialismus	135
7.4 Demokratie und Wirtschaft – das Problem der Doppelherrschaft	139
7.5 Verzicht auf Transformation der kapitalistischen Ökonomie	141
7.6 Mitbestimmungspolitik im Epochenbruch	143
7.7 Mitbestimmung – Grenzen und Widersprüche dualer Interessenvertretung	147
7.8 Solidarische Ökonomie und andere wirtschaftsdemokratische Lebenszeichen	160
7.9 Im Zeichen der Krise	167
8. »Neue Wirtschaftsdemokratie«: zusammenfassende Thesen	175
8.1 »Krise der Politik« und »Demokratisierung der Demokratie«	175
8.2 Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung: Genese und Aushöhlung einer tragenden Leitidee der Gewerkschaften	179
8.3 »Neue Wirtschaftsdemokratie«: Impulse, Fundsachen und konzeptionelle wie praktische Herausforderungen	182
8.4 Schlussbemerkungen	188
9. Literatur	193

1. Vorwort

»Wirtschaftsdemokratie« und »Neue Wirtschaftsdemokratie« sind Begriffe, die im Zuge der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise in gewerkschaftlichen Diskursen, bei gesellschaftskritischen WissenschaftlerInnen und in unterschiedlichen Publikationen neu auftauchen – eigentlich nicht überraschend, denn das war in früheren Zeiten krisenhafter ökonomischer und/oder politischer Umbrüche ganz ähnlich. Krisen provozieren Fragen und die Suche nach Antworten – auch im Gewand historischer Begriffe. Das Thema ist für die deutschen Gewerkschaften nicht zuletzt deshalb zentral und von Bedeutung, weil die historisch mit dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie eng verknüpfte deutsche Mitbestimmung nicht nur zum Gründungskonsens der Bundesrepublik gehört, sondern zugleich eine der tragenden institutionellen Leitideen der Einheitsgewerkschaften im Nachkriegsdeutschland war und ist.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass heute die Begriffe Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie oft synonym verwendet werden. In seiner Entstehung war der Begriff der Wirtschaftsdemokratie aber erheblich weit reichender und eng mit der Theorie des »organisierten Kapitalismus« (Hilferding) verknüpft – einem geschlossenen kapitalismustheoretischen Konzept. Das Wissen darum ist heute weitgehend verschüttet und ein widerspruchsfreies Anknüpfen auch nicht ohne weiteres möglich und ratsam. Damit ist eine gewisse theoretische Leere hinter den alten Begriffen in vielen Diskursen nicht zu übersehen. Die aktuelle politische Stoßrichtung der Forderung mancher Gewerkschafter nach Stärkung der Mitbestimmung als Wirtschaftsdemokratie ist so die der Verteidigung des Status quo in Sachen Mitbestimmung, verknüpft mit durchaus wichtigen Verbesserungsvorschlägen im Detail und unbestrittenen politischen Notwendigkeiten. Aspekte gesellschaftlich-ökonomischer Transformation als weiter reichende Konsequenzen aus den Ursachen der Krisen sind damit aber nicht verbunden.

Um neue Orientierungen, um eine neue Politik der Arbeit in diesem Sinn geht es damit also noch nicht. Darum wird aber seit einigen Jahren intensiv und konstruktiv gestritten. Ein Ort entsprechender Debatten ist das Forum Neue Politik der Arbeit, an dessen Initiierung im Jahr 2002 auch der Autor dieses Buches aktiv beteiligt war. Eine explizite Rolle spielten Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie in diesen Debatten anfänglich nicht.

Mitbestimmung stand für politisch-institutionelle Erfolge der deutschen Gewerkschaften, die jedoch nach dem »Epochenbruch« und dem damit einsetzenden neoliberalen Rollback von fortschreitender Erosion bedroht war. Eine institutionelle Debatte half da nicht weiter. Uns ging es demgegenüber zunächst um neue Ansätze einer »primären Arbeitspolitik« (Wolf 2001) unter den Bedingungen »neuer«, subjektiverer, flexibilisierter und teilweise entgrenzter »Arbeit« und im Hinblick auf »das Ganze der Arbeit« (Biesecker 1999 u. 2000), um Nachhaltigkeit in allen ihren (ökonomischen, sozialen, ökologischen und institutionellen) Aspekten. Nachdem hier aus leitenden Fragen erste Thesen geworden waren (Scholz u.a. 2004 und 2006), haben wir unseren Blick auf die europäische Ebene einer neuen Politik der Arbeit gerichtet (Scholz u.a. 2009) – und parallel hierzu nahmen wir dann mit einem von mehreren Themen unserer Workshops (sämtlich dokumentiert unter www.FNPA.de) Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie in den Blick. Der erste Workshop war noch vor dem Ausbruch der Weltfinanzkrise konzipiert worden, fand dann aber Ende Januar 2009 ganz unter deren Eindruck statt. Mit ihr gewann das Thema »Neue Wirtschaftsdemokratie« sichtlich an Aktualität. Vielen Kolleginnen und Kollegen, die an dem Workshop und weiteren daran anschließenden Debatten beteiligt waren, verdankt der Autor nach eigenen Aussagen wichtige Anregungen zu diesem Buch, das ihn als Mitbestimmungs- und Gewerkschaftsforscher zugleich zu langjährig verfolgten eigenen Themen zurückgeführt hat.

Viele theoretische Defizite, »weiße Flecken«, sind bei unterschiedlichen gesellschaftskritischen Diskursen einschließlich denen des Forums zum Thema Wirtschaftsdemokratie nicht zu übersehen. Eine theoretisch anspruchsvolle Diskussion über eine »neue Wirtschaftsdemokratie« müsste deshalb diesen Umstand zunächst einmal aussprechen, um dann zu versuchen, neue orientierende wie auch pragmatischen Schritte zu gehen, um damit Bausteine zur Bewältigung der aktuellen ökonomischen Krisenprozesse im Sinne von Nachhaltigkeitsvorstellungen auf der Höhe der Zeit zu entwickeln. Im Rahmen des Forums Neue Politik der Arbeit werden wir die entsprechenden Debatten fortsetzen. Das vorliegende Buch ist dazu ein Beitrag. Es reflektiert die ökonomischen und ökologischen Krisenprozesse ebenso wie die – zunehmend nicht mehr nur latente – Krise der Politik als Anknüpfungspunkte und pointiert dann insbesondere die demokratietheoretischen Aspekte wirtschaftsdemokratischer Überlegungen. Daran anschließend diskutiert der Autor gewerkschaftliche Erfahrungen mit Beteiligung im Rückblick auf deren programmatischen und praktischen Stellenwert in der Geschichte der industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland, und er resümiert – vor dem Hintergrund eigener langjähriger empi-

rischer Forschung zu Beteiligung und Mitbestimmung – die Geschichte gewerkschaftlicher Vorstellungen und Handlungsansätze zu Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie.

All dies mündet in vorläufige Thesen. Sie verstehen sich als Auftakt dringlich fortzuführender Diskussionen. Der Autor selbst weist z.B. wiederholt darauf hin, dass er in diesem Buch Fragen demokratisch legitimierter Rahmensetzungen oder gar steuernder Eingriffe durch die Arbeitenden selbst oder durch neu zu schaffende Institutionen in ökonomischer Perspektive noch in keiner Weise ausreichend behandelt. Angesichts der verheerenden Folgen von Fehlsteuerungen infolge der neoliberal entgrenzten Märkte gehören solche ökonomischen Fragen aber selbstredend ganz zentral zum Thema. Das Buch endet deshalb mit unfertigen Antworten und neuen, weiterführenden Fragen. Ich sehe darin einen wichtigen Impuls zu einer erst beginnenden Debatte. Für seinen mit diesem Buch dazu geleisteten Beitrag gilt dem Autor Dank.

Dieter Scholz

2. Einleitung

2.1 Zum Gegenstand der Arbeit

Mit der »Zeitenwende« der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise taucht »Wirtschaftsdemokratie« heute, auf den ersten Blick etwas überraschend, im gewerkschaftlichen Diskurs und bei einigen gewerkschaftsnahen Wissenschaftlern neu auf. Aber der Begriff ist bei näherem Hinsehen theoretisch nicht gefüllt, eine Leerformel, auf die in einer gewissen Hilflosigkeit zurückgegriffen wird. Er ist so hilflos wie das Wort von der »Zeitenwende«, das im Herbst 2008 rasch im politischen Diskurs in Gebrauch kam (vgl. Kapitel 3). Der ökonomische »Katastrophenkurs« (Zinn 2003), der 2008 in die Weltfinanzkrise mündete, währt ja schon sehr lange. Karl Georg Zinn (1996) hat früh danach gefragt, weshalb der wissenschaftliche Diskurs der Fachökonomien und der politische Diskurs der Gesellschaft derart eindimensional auf einfache Glaubenssätze angebotsorientierter neoliberaler Konzepte fixiert sind, und es sind nicht nur einige wenige US-amerikanische Ökonomen, die bereits ein, zwei Jahre vor Ausbruch der Weltfinanzkrise das Platzen der Blase prognostiziert haben. Immanuel Wallerstein z.B. hat 2004 in einer Aufsatzsammlung über den »Niedergang der amerikanischen Macht« Wetten darauf angeboten, dass die damals noch ungebrochene Hegemonie des neoliberalen Rollback spätestens 2010 zu Ende sein und der moderne Kapitalismus in eine voraussichtlich mehrere Jahrzehnte dauernde Phase der Stagnation einmünden werde. Heute zeichnen die Ökonomen der Europäischen Kommission (European Economy 7/2009) ein auf lange Sicht pessimistisches Bild und rechnen mit einer über Jahrzehnte anhaltenden Produktions- und Dienstleistungslücke. Und der EU-Wirtschaftskommissar Joaquín Almunia rechnet mit weiteren »empfindlichen Wohlstandsverlusten« und »sozialen Verteilungskämpfen« (vgl. Dräger/Wehr 2010: 3ff.).¹ Was im Herbst 2008 die herrschende Politik überraschte und von ihren Re-

¹ Dass soziale Kämpfe auch die Herrschaft in der Produktion, deren Gestaltung und Steuerung selbst zum Thema haben könnten, liegt demnach für die Protagonisten einer wie auch immer modifizierten Verlängerung des Status quo, bzw. einer Lampedusa-Strategie des »alles muss sich ändern, damit alles so bleibt wie es ist«, außerhalb der Vorstellung.

präsentanten als Zeitenwende registriert worden ist, war das folgerichtige Ergebnis eines Epochenbruchs (Scholz u.a. 2006), der mehr als drei Jahrzehnte zuvor mit einem ökonomischen Paradigmenwechsel und der Durchsetzung der »neoliberalen Konterrevolution« gegen den Sozialstaatskompromiss der ersten Nachkriegsjahrzehnte begonnen hatte.²

Das Thema Wirtschaftsdemokratie ist in diesem Kontext für die deutschen Gewerkschaften deshalb zentral und von großer Brisanz, weil die deutsche Mitbestimmung, »als isolierte Pragmatisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie unter den Kräfteverhältnissen der Nachkriegszeit« (Borsdorf 1982: 274) nicht nur zum Gründungskonsens der Bundesrepublik Deutschland gehört, sondern zugleich eine der tragenden institutionellen Leitideen der Einheitsgewerkschaften im Nachkriegsdeutschland geworden ist. Deren erfolgreicher Institutionalisierungsprozess im Zuge der Herausbildung des tripartistischen deutschen Korporatismus, des deutschen Sozialstaatmodells der ersten Nachkriegsjahrzehnte mit seinen typischen Mustern kooperativer Konfliktverarbeitung im Rahmen repräsentativer Strukturen bei nur schwach ausgebildeten Formen direkter Beteiligung der Beschäftigten (Martens 2010a), ist ohne die institutionalisierte Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen überhaupt nicht zu verstehen. Auch in den drei Jahrzehnten eines forcierten neoliberalen Rollbacks, das einen epochalen Umbruch für die in den Nachkriegsjahrzehnten ausgebildeten wohlfahrtsstaatlichen Strukturen aller fortgeschrittenen westlichen Länder bedeutete (Scholz u.a. 2006, Butterwege 2008) und inzwischen immer offenkundiger stabile und nachhaltige Entwicklungsperspektiven für die Zukunft nicht mehr versprechen kann, erweist sich das spezifische deutsche Institutionengefüge der ersten Nachkriegsjahrzehnte trotz fortschreitender Erosionsprozesse und wachsender Konflikträchtigkeit immer noch als bemerkenswert stabil. Auch »am Ende der Deutschland AG« (Martens/Dechmann 2010) versuchen Repräsentanten der herrschenden Eliten³ den Blick der Öffentlichkeit immer noch auf das »Modell Deutschland« zu fixieren – also auf das Erfolgsmodell des westdeutschen Kapitalismus der 1970er Jahre

² Man sollte an dieser Stelle nicht unterschlagen, dass Oskar Lafontaine 1999 als Finanzminister und SPD-Vorsitzender zurückgetreten ist, weil er eine Politik der forcierten Deregulierung der Finanzmärkte nicht mittragen wollte. Wie schon 1990 bei der Frage der Kosten der deutsch-deutschen Vereinigung hat er mit seinen ökonomischen Analysen richtig gelegen.

³ In der einschlägigen Elitenforschung werden die gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre i.d.R. den gesellschaftlichen Funktionseliten nicht zugerechnet (vgl. Hartmann 2007).

– und nicht wenige Gewerkschafter suchen das Bild einer stabileren Zukunft immer noch aus dieser längst vergangenen Wirklichkeit zu gewinnen.

Gleichwohl: Für die Ideologen des neoliberalen Rollbacks und die ihnen folgenden Praktiker war die deutsche Mitbestimmung schon früh ein »Irrtum der Geschichte«⁴ und für die Gewerkschaften wurden fortschreitende Erosionsprozesse als Bedrohungen institutioneller und organisationaler Macht zunehmend spürbar. Der Kern der deutschen Mitbestimmung stand zeitweilig politisch zur Disposition.⁵ Tagespolitisch ist dieses Bedrohungsszenario durch den Schock der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise zunächst scheinbar erledigt. Wege aus der Krise erfordern aus der Sicht der herrschenden Eliten eine Rückbesinnung auf die »soziale Marktwirtschaft« (exemplarisch Rüttgers 2009) und so auch die Einbindung der Gewerkschaften in aktuelle Strategien der Krisenbewältigung.⁶ Folgerichtig ist die Mitbestimmung erst einmal tabu, auch wenn ihre Leitideen – auch die, in denen Vorstellungen von einer Transformation der kapitalistischen Wirtschaft längst aufgegeben sind – der reinen Lehre neoliberaler Marktideologen strikt zuwiderlaufen.

Für die Gewerkschaften bedeutet die gleiche Konstellation scheinbar die Chance, die im alten und vergangenen »Modell Deutschland« durchgesetzte Praxis der Mitbestimmung von neuem offensiv zu verteidigen (Hexel 2009a). Gleichzeitig bekommt unter den Bedingungen vielfältiger ökonomischer, ökologischer und auch politischer Krisenentwicklungen der Begriff der Wirtschaftsdemokratie in gewerkschaftlichen Diskursen neue Aktualität. Und dabei wird sichtbar, dass an die Stelle »einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie«, die einmal mit am Beginn der Durchsetzung von Mitbestimmung gestanden haben, heute eine ziemliche Leere theoretischer Gedankenlosigkeit getreten ist. Mit der, seinerzeit dem neoliberalen Zeitgeist folgenden, zunehmenden Verengung der Begründung von Mitbestimmung auf deren Beitrag zur Sicherung und Steigerung der Effizienz einzelwirtschaftlichen Handelns (Kommission Mitbestimmung 1998, kritisch dazu Martens 1999) hatte sich der ursprüngliche wirtschaftsdemokratische Gehalt von Mitbestimmung bereits zunehmend verflüchtigt, und auch die

⁴ So der Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann 1996.

⁵ Vgl. zur kritischen Sichtung der entsprechenden wissenschaftlichen und pseudowissenschaftlichen Diskussion Höpner 2004 sowie Martens/Dechmann 2010: 94-98.

⁶ Wobei soziale Marktwirtschaft, so wie sie heute etwa von Liberalen und Konservativen oder, deren Politik konzeptionell flankierend, von der »Initiative soziale Marktwirtschaft« propagiert wird, wenig mit jenen Vorstellungen zu tun hat, die Ludwig Erhard in den 1950er Jahren in ordoliberaler Tradition gegen die gewerkschaftlich-sozialdemokratischen Neuordnungsvorstellungen durchgesetzt hat.

Praxis der Mitbestimmung war immer mehr nur noch als mühsame Defensive in der Abwehr von ausschließlich und in aller Konsequenz am Shareholder-Value orientierten Konzernstrategien der global Player möglich. Zukunftsversprechen für die abhängig Beschäftigten waren damit kaum mehr zu verbinden.

In der schlichten Gleichsetzung von so zurückgedrängter Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie finden sich heute somit gleichzeitig eine bedenkliche Theorielosigkeit und ein bemerkenswerter Euphemismus. Die politische Stoßrichtung ist schlicht die der Verteidigung des Status quo der Mitbestimmung, verknüpft mit einigen Verbesserungen im Detail. Zugleich taucht der Begriff der Wirtschaftsdemokratie – der in seiner Entstehung eng mit der Theorie des »organisierten Kapitalismus« (Hilferding) verknüpft war, die als eine der großen Kapitalismustheorien, wie andere auch, überholt ist⁷ – heute als Leerformel wieder auf. An den von Naphtali geprägten Begriff der Wirtschaftsdemokratie, mit seiner insbesondere auf gesamtwirtschaftliche Steuerung unter gleichberechtigter Beteiligung von demokratisch legitimierten Repräsentanten der abhängig Beschäftigten, oder in den Worten von J. Beerhorst (2009) seiner »integrationistischen und staatsorientierten Einfärbung« in der Adaption durch die Gewerkschaften, lässt sich keinesfalls umstandslos anknüpfen. Der hier mitgedachte Gegenentwurf einer planvoll gestalteten Ökonomie ist mit der Implosion des Realsozialismus »moralisch verschlissen«, um eine Marx'sche Formulierung zu verwenden.⁸ Allerdings: Der moralische Verschleiß des neoliberalen Steuerungsmodells der Ökonomie, mit dem uns nach dem vermeintlichen Ende der Geschichte eine goldene Zukunft versprochen wurde, ist inzwischen auch in vollem Gange.

Neue Orientierungen oder wenigstens erfolgversprechende Aushilfen sind also gefragt. Sorgfältige Bestandsaufnahmen der aktuellen Lage sind dazu der erste Schritt. Und eines ist dabei, nicht zuletzt im vergleichenden Blick auf den gegenwärtigen Umgang mit den sich häufenden Krisenproblemen unserer zunehmend post-industriellen Arbeitsgesellschaft, kaum mehr

⁷ Vgl. zum Scheitern der »großen« Kapitalismustheorien – von R. Hilferdings Organisiertem Kapitalismus über die »Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus« im Anschluss an Lenin bis hin zu der »Theorie vom Finanzmarktkapitalismus« die zutreffende Kritik von Wolfgang Krumbein (2009).

⁸ Beerhorst (2009) spricht vor dem Hintergrund seiner Entfaltung des Begriffs der Vergesellschaftung, über die er den Begriff des Sozialismus vermeidet, zu Recht vom »Realsozialismus« als von einer »entfremdeten Form universeller Verstaatlichung«, deren »Untergang hoch verdient« und deren »Neuaufgabe weder wahrscheinlich noch wünschenswert« sei.

zu übersehen: Mehr denn je gilt, dass die Sphäre der Erwerbsarbeit alles andere als eine private Veranstaltung ist. In ihr werden zum einen wesentliche Grundlagen der politischen Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben gelegt, und schon allein die Aufrechterhaltung der Grundlagen stetiger ökonomischer Entwicklung schließt eine bedenkenlose Politik des hire and fire aus, die im Ausgang der 1950er Jahre zu Zeiten des ersten, v.a. in der Montanindustrie spürbaren zyklischen Konjunktüreinbruchs im boomenden Nachkriegsdeutschland noch nicht einmal unter den Bedingungen der Montanmitbestimmung hat verhindert werden können (Dzielak u.a. 1980: 46f.). Eine Debatte über Wirtschaftsdemokratie auf der Höhe unserer Zeit müsste deshalb radikal von den Interessen der Stakeholder ausgehen, also der Beschäftigten und der Regionen mit ihren Infrastrukturen, in denen sie arbeiten und leben.⁹ Angesichts der offenkundigen Fehlsteuerungen einer allein am Shareholder-Value orientierten Ökonomie und ihrer Folgen fortschreitender gesellschaftlicher Desintegrations- und Spaltungsprozesse bis hin zur Zerstörung der politischen Kultur und der Gefährdung politischer Institutionen wäre dabei v.a. an den Demokratieversprechen der alten wirtschaftsdemokratischen Konzepte neu anzusetzen. Es ginge um ein neues Nachdenken über den politischen Souverän und die geeigneten Formen seiner Artikulation, und dies, miteinander verschränkt, in beiden Sphären – der der bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit des staatlich verfassten Gemeinwesens und der der privatrechtlich verfassten Ökonomie. Von daher wäre Roosevelts 1944 formulierte Forderung nach einer »Second Bill of Rights« ein vielversprechender Anknüpfungspunkt für Debatten um eine »Neue Wirtschaftsdemokratie«.

Eine anspruchsvolle Diskussion über eine »neue Wirtschaftsdemokratie« müsste in der gegenwärtigen Lage die theoretische Leere der gewerkschaftlichen Verlautbarungen zunächst einmal aussprechen, um dann zu versuchen, zugleich neu orientierende wie auch in pragmatischen Schritten zu entfaltende Vorstellungen zur Bewältigung der aktuellen ökonomischen Krisenprozesse im Sinne von Nachhaltigkeitsvorstellungen (ökonomisch, sozial, ökologisch und institutionell) auf der Höhe der Zeit zu entwickeln.

⁹ J. Beerhorst betont die Bedeutung des Verständnisses der »Kommune als »assoziativer Demokratie«« (Beerhorst 2009: 159) im Rahmen wirtschaftsdemokratischer Überlegungen, wenn er feststellt: »Komplementär zu neuen, auf die Arbeitsprodukte übergreifenden innerbetrieblichen und unternehmensbezogenen Mitbestimmungsformen wäre das direkte gesellschaftliche und politische Umfeld der Betriebe, auf das sie einwirkt und das sie selbst prägen, neu zu politisieren.« (Beerhorst 2009: 188) In den Standortkonflikten der vorausgegangenen Dekade lassen sich verschiedentlich solche Politisierungsversuche beobachten (Martens/Dechmann 2010).

Dazu lässt sich an verschiedene aktuelle Diskurse anknüpfen: insbesondere an den gewerkschaftlichen Diskurs über »gute Arbeit«, den gewerkschaftlichen wie wissenschaftlichen Diskurs über Beteiligung und an einen innerwissenschaftlichen Diskurs über »die Krise der Politik«. Der vorliegende Band will Anregungen für eine solche Debatte geben.

2.2 Entstehung und Aufbau der Arbeit

Die einzelnen Kapitel dieses Bandes entspringen einem zusammenhängenden Arbeitsprozess, in dem ich mich dem Thema im Laufe des Jahres 2009 von verschiedenen Seiten her angenähert habe, ohne dabei zunächst an eine Buchpublikation zu denken.

Kapitel 3 (Zeitenwende oder Epochenbruch) baut auf einem Referat auf, das ich auf einer sfs-internen Veranstaltung zu Konsequenzen der ökonomischen Krise für empirische Arbeitsforschung gehalten habe. Nun geht es freilich nicht um Schlussfolgerungen für die Forschung, sondern um absehbare Konsequenzen für eine neue Politik der Arbeit. Auch wenn der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit auf den demokratietheoretischen Implikationen von Wirtschaftsdemokratie liegt: Der aktuelle ökonomische Kontext, der dem Gegenstand erst seine besondere Aktualität verleiht, muss doch behandelt werden.

Kapitel 4 (Ansätze primärer Arbeitspolitik im vergangenen Konjunkturzyklus) fasst Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zu industriellen und sozialen Konflikten aus den Jahren 2002 bis 2008 (Martens/Dechmann 2010) auf Basis eines Aufsatzmanuskripts knapp zusammen, das in einer sozialwissenschaftlichen Zeitschrift nicht unterzubringen war.¹⁰ Im Rahmen der vorliegenden Veröffentlichung geht es hier nicht zuletzt auch um einen Rückbezug auf die über das FNPA angeregten Debatten zum Stellenwert »primärer Arbeitspolitik«. Eine leitende Frage zielt auf die Suche nach Antworten für das gewerkschaftliche Problem, neue Ansätze »primären« arbeitspolitischen Handelns der Arbeitenden selbst konstruktiv mit alten ins-

¹⁰ Eine meiner durchgängigen Erfahrungen mit zahlreichen Aufsatzangeboten aus dem letzten Jahrzehnt ist, dass die für den industriesoziologischen Diskurs einschlägigen Zeitschriften so sehr auf den einzeldisziplinären Diskurs fixiert sind, dass Beiträge, die zumindest gleichgewichtig den arbeits- und gesellschaftspolitischen Bezug ihrer Argumentation akzentuieren – womit sich i.d.R. kritische Bezüge zum akademischen Diskurs ergeben –, einen schweren Stand haben. Bestenfalls werden dieser Bezug, und vielleicht auch noch seine Aktualität, gelobt. Regelmäßig erhöht solches Lob aber die Hürden akademischer Akzeptanz.

titutionell vorgezeichneten und in der Vergangenheit ja vielfach bewährten Strategien zu verknüpfen. Auch für die Entfaltung von Ansatzpunkten einer »neuen Wirtschaftsdemokratie« ist die Frage nach den Aussichten für eine gewerkschaftliche Doppelstrategie bedeutsam, die es versteht, »institutionelle Strategien« – und Ordnungsversprechen – mit neuen Ansätzen »primärer Arbeitspolitik« seitens der Beschäftigten zu verknüpfen.¹¹

Kapitel 5 (Krise der Politik) behandelt in konzeptioneller Hinsicht den Schwerpunkt der vorliegenden Argumentation. Das Kapitel ist die aktualisierte Langfassung eines Aufsatzes, der wesentlich durch den FNPA-Workshop zu Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie im Januar 2009 angeregt wurde. Ich erinnere zunächst an die Demokratisierungsimpulse aus der Zeit nach 1968, also die damalige Phase einer Öffnung des sozialen Raums, in der auch Ansätze einer weiteren Demokratisierung der Wirtschaft eine Rolle spielten. Danach vergewissere ich mich der neueren wissenschaftlichen Debatten zur Krise der Politik und über ihr Verschwinden angesichts der Herausbildung von post-demokratischen Konsensgesellschaften im Zeichen der TINA-Politik. Aus deren Kritik heraus hat sich ein neuer radikal-demokratischer Diskurs entwickelt. Er fokussiert auf den Raum einer erodierenden bürgerlichen Öffentlichkeit und blendet das Thema der Demokratisierung der Wirtschaft weitgehend aus. Spätestens mit der Weltfinanzkrise und ihren immer noch unabsehbaren Auswirkungen auf die »Realwirtschaft«¹² ist das Versagen der ökonomischen und auch der politischen Eliten ein öffentlich breit diskutiertes Thema. Daran anschließend stellt sich die Frage, ob sich angesichts der aktuellen Krise neoliberaler Politik für neue wirtschaftsdemokratische Debatten und Handlungsansätze ein Fenster der Gelegenheit öffnet.

Die demokratietheoretisch zentrale Frage in den Debatten um eine neue Wirtschaftsdemokratie ist die nach dem Souverän (s.a. Demirović 2007). Eine kritische Auseinandersetzung mit den im Feld der Mitbestimmung – eben als isolierte und pragmatische Realisierung einiger Leitideen der Wirtschaftsdemokratie – verknüpften repräsentativen Strukturen drängt sich hier

¹¹ Vgl. dazu ausführlich Martens (2007b: 142-160). In Zeiten der Erosion institutioneller und der Schwächung organisationaler Macht ist dies eine Kardinalfrage für Gewerkschaften, die nach strategischen Alternativen zur Gewinnung neuer Gestaltungsmacht angesichts eines fortgesetzten Drucks zu defensiver Anpassung suchen (vgl. Brinkmann u.a. 2008b).

¹² Ich setze diesen seit Ausbruch der Weltfinanzkrise gebräuchlich gewordenen Begriff hier in Anführungszeichen, weil die analytische Trennung von Finanz- und Realwirtschaft dazu tendiert, einen tatsächlichen Zusammenhang zu negieren, der sich praktisch im Platzen immer neuer Blasen als wirksam erweist.

auf. Ihr wird im Rückblick auf die Geschichte der industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland in *Kapitel 6* nachgegangen, in dem es v.a. um gewerkschaftliche Positionen zu und Erfahrungen mit Beteiligung der Beschäftigten selbst geht. Das Kapitel fußt auf einem Beitrag, der ursprünglich für einen sfs-Reader über soziale Innovationen (Howaldt/Jacobsen 2010) geschrieben wurde. Die hier aufgenommene erweiterte Fassung habe ich im Kontext meiner Überlegungen zu einer »neuen Wirtschaftsdemokratie« insofern überarbeitet, als Beteiligung in diesem Kontext eher als wichtiges Moment politischer Innovationen verstanden werden muss.

Das meinen Argumentationsgang abschließende *Kapitel 7* (Mitbestimmung und neue Wirtschaftsdemokratie) bündelt die zuvor aufgenommenen und entfaltenen Argumentationsstränge schließlich noch einmal im Hinblick auf das Thema des Buches. Dabei geht es nun darum, die Geschichte wirtschaftsdemokratischer Überlegungen und Ansätze – und das betrifft Ansätze zur Durchsetzung industrieller Demokratie und genossenschaftliche Ansätze gleichermaßen – etwas genauer zu betrachten. Die in aktuellen Debatten zu Recht geforderte nüchterne Bestandsaufnahme der Wirkungen von Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb kann dieses Kapitel nicht ersetzen, aber zu den Wirkungen der Mitbestimmung in der Geschichte der »industriellen Beziehungen« der Bundesrepublik Deutschland kann ich vor dem Hintergrund eigener, weit über drei Jahrzehnte dauernder empirisch forschender Beschäftigung mit dem Thema doch einiges sagen. Auch dieses Kapitel basiert ganz wesentlich auf Debatten und Impulsen des schon erwähnten FNPA-Workshops vom Januar 2009, an deren Aufbereitung ich zusammen mit anderen Mitgliedern des Steuerungskreises des Forums beteiligt war (www.FNPA.de).¹³

Das Buch endet schließlich mit einer pointierten Zusammenfassung und einem Ausblick (*Kapitel 8*). Mein Anspruch kann es nicht sein, fertige Antworten zu liefern. Der Gegenstand ist dafür viel zu komplex. Er bedarf einer interdisziplinären Bearbeitung im Rahmen geeigneter Dialoge zwischen Wissenschaft und Praxis. Der Anspruch ist also bescheidener – und immer noch hoch genug: Es geht um eine neuerliche Strukturierung des Themas unter Nutzung eines einigermaßen breiten Überblicks über empirische Forschung und praktische Erfahrungen. Es geht darum, den lange vernachlässigten demokratietheoretischen Aspekt des Themas stärker in den Vordergrund zu rücken – und zugleich die angesichts der eigenen Disziplinbezüge

¹³ Meine »Fortschreibung des Arbeitspapiers Mitbestimmung«, das Dieter Scholz im Anschluss an den Workshop erstellt hatte (www.FNPA.de/Workshops), ist denn auch die Grundlage dieses Kapitels.

vernachlässigten ökonomischen Aspekte in Richtung auf offene und dringlich zu bearbeitende Fragen hervorzuheben. Es geht in einem Wort darum, einen strukturierenden Vorschlag für eine Neueröffnung einer arbeitspolitisch dringenden Debatte zu unterbreiten.

2.3 Bezüge zum Gegenstand, Motive und Ziele

Soviel zum Gegenstandsbezug, Aufbau und Anspruch der vorliegenden Arbeit und zur Entstehung der einzelnen Kapitel. Allerdings sind auch noch ein paar Bemerkungen zu den Bezügen des Autors zu seinem Gegenstand angebracht. Denn auch wenn die Sozialwissenschaften immer auf eine Objektivierung ihrer Interpretationen der sozialen Wirklichkeit im Licht verfügbarer theoretischer Erkenntnisinstrumente aus sein müssen: Es ist aus meiner Sicht zumeist eine Schwäche entsprechender Arbeiten, dass die außerwissenschaftlich konstituierten Motive und Bezüge der Autoren von ihnen nicht mit präsentiert, geschweige denn reflektiert werden.¹⁴ Gerade in einer wissenschaftlichen Disziplin wie der Soziologie, in der vor- und außerwissenschaftliche Motive in eigentlich jede größere Untersuchung mit hineinspielen, scheint mir eine solche Reflexion angebracht.¹⁵ Da in meinem Fall die Arbeit an der vorliegenden Publikation mit dem Ende meiner Erwerbstätigkeit als Wissenschaftler zusammengefallen ist, kommen hier mehrere bedeutsame subjektive Motive zusammen: Das Buch ist zum einen Resümee langjähriger Arbeit im Blick nach vorne. Es konnte zum zweiten nicht nur mit neu gewonnenem Abstand geschrieben werden, sondern auch frei von den Zwängen und Abhängigkeiten innerhalb des für meine wissenschaftlichen Arbeiten bedeutsamen Systems der Forschungsförderung. Es ist schließlich zum dritten in der vorliegenden Form nur möglich geworden aufgrund einer im letzten Jahrzehnt sehr engen Einbindung in das Forum Neue Politik der Arbeit (www.FNPA.de), ein Dialogprojekt zwischen Gewerkschaftern und gewerkschaftsnaher Wissenschaft, das ich im Jahr 2002 mit initiiert und an dem ich seither mit erheblichem Engagement mitgearbeitet habe. In der Vorbemerkung wurde ja schon darauf hingewiesen.

¹⁴ Allenfalls bleibt deren Rekonstruktion dann ihren Rezensenten vorbehalten.

¹⁵ Anders als in den Naturwissenschaften, etwa in der Physik, die sehr selbstverständlich auf objektive Naturgesetze abzielen kann und in der dann mit der Heisenbergschen Unbestimmtheitsrelation doch das erkennende Subjekt als ein seinen Gegenstand wesentlich mit konstituierender Faktor sichtbar wird, ist die gesellschaftlich konstituierte Beobachterabhängigkeit von Erkenntnis in den Sozialwissenschaften unüberschaubar.

Das Thema Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung interessiert mich vor dem Hintergrund der voranstehend pointiert zusammengefassten allgemeinen Überlegungen zu seiner aktuellen gesellschaftspolitischen Relevanz v.a. deshalb, weil ich seit Beginn der 1980er Jahre neben stetigen Arbeiten auf dem Feld der Gewerkschaftsforschung kontinuierlich zu Teilthemen wie 1. Mitbestimmung, 2. Belegschaftsübernahmen von Betrieben und genossenschaftlichen Ansätzen und 3. Beteiligungsansätzen (unter dem reduzierten Aspekt »industrieller Demokratie«) empirisch geforscht, die wichtige einschlägige Literatur systematisch verfolgt und selbst regelmäßig publiziert habe.¹⁶ Dies geschah als Mitarbeiter und später als Mitglied des wissenschaftlichen Leitungsgremiums einer hochschulfernen Forschungs- und Beratungseinrichtung wie der Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs) immer in einem doppelten Bezug auf innerwissenschaftliche Diskurse und außerwissenschaftliche Praxis. Bezogen auf das engere Wissenschaftssystem und meine Verbindungen zu industriesoziologischen und politikwissenschaftlichen Spezialdisziplinen habe ich mich insofern immer eher als »Grenzgänger« verstanden (vgl. Martens 2007b: 14ff.). Nach einer durch den neomarxistischen Mainstream der Industriesoziologie der 1970er Jahre geprägten Phase von Forschungsarbeiten zu industriellen und sozialen Konflikten¹⁷ habe ich mich in den beiden folgenden Dekaden empirisch in vielfältiger Hinsicht mit Fragen von Beteiligung, Mitbestimmung und industrieller Demokratie beschäftigt, während ich theoretisch um Anschlussfähigkeit an allgemeine soziologische und politikwissenschaftliche Diskurse bemüht war.¹⁸ Empirisch waren diese Arbeiten nach der Projektleitung der ersten von der Hans Böckler Stiftung (HBS) in Auftrag gegebenen Bestandsaufnahmeuntersuchung zum MitbestG' 76 (1984-1987) – verknüpft mit einigen kleineren Projektaktivitäten zu Mitbestimmung bei Drittelbeteiligung, Leitende Angestellte und Mitbestimmung, Management Buyouts und Betriebsübernahmen – weitere empirische Untersuchungen zum Verhältnis von Mitbestimmung und modernen Managementkonzepten und zu Mitbestim-

¹⁶ Siehe zusammenfassend zu meiner Gewerkschaftsforschung Martens 1992 und Martens/Dechmann (2010: 198-204), zu den Forschungsarbeiten zu Beteiligung und Mitbestimmung, an denen ich beteiligt gewesen bin, für die 1980er Jahre Martens/Peter 1989, für die 1990er Jahre Martens 2002a sowie unter methodisch-methodologischen Gesichtspunkten Howaldt/Martens 2010.

¹⁷ Siehe dazu kritisch reflektierend und im neuen Blick nach vorne Martens 2007: 112-141.

¹⁸ Beides selbstredend immer in enger Kooperation innerhalb »primärer Forschungsgruppen«, also stabiler Teams sich wechselseitig austauschender und anregender KollegInnen mit unterschiedlichen, je spezifischen Stärken und Schwächen.

mung als intermediärer Institution, gefördert von VW-Stiftung und Deutscher Forschungsgemeinschaft (DFG), sowie nach der Implosion des Realsozialismus, auf den Transfer von Mitbestimmung nach Ostdeutschland, gefördert von HBS und DFG.

Zu Beginn der 1990er Jahre mündeten diese Arbeiten für mich persönlich in einen durch mehrere parallele Entwicklungen bedingten deutlichen Bruch. Drei Aspekte möchte ich kurz hervorheben:

- Bei der HBS als dem sicherlich wichtigsten Geldgeber in diesem Forschungsfeld musste ich mich mit Beginn der 1990er Jahre zunehmend als »aussortierter« Mitbestimmungsforscher erleben. Im Zuge der Transformationsforschung hatte ich die Möglichkeiten der Mitbestimmung zur Bewältigung der sich abzeichnenden Strukturbrüche in Ostdeutschland kritisch und die westdeutsche Mitbestimmung eben nicht unkritisch als Erfolgsmodell für die Zukunft bewertet (Martens 1996). Ich habe mich an dem die Forschungsförderung der HBS seither prägenden Kurs der An- und Einpassung von Mitbestimmung an und in die durch das neoliberale Rollback gekennzeichneten gesellschaftlichen Verhältnisse also von Beginn an nicht beteiligt und musste dafür ein weitgehendes Abbrechen eines für mich langjährig wichtigen Forschungsstrangs in Kauf nehmen – auch mit Konsequenzen für eine, bei aller persönlichen Distanz zum akademischen Betrieb, sonst vielleicht doch nicht ausgeschlossene akademische Karriere an einer deutschen Universität.
- In der engeren wissenschaftlichen Forschungsförderung, deren Repräsentanten damals das Terrain bei der HBS neu besetzten,¹⁹ erwies sich meine Position an einem v.a. anwendungsnahe forschenden und hochschulfernen Institut als schwierig. Als »Grenzgänger«, der zudem über besonders ausgeprägte Rückbindungen in die gewerkschaftliche Praxis und gewerkschaftsnahe Forschungsförderung nicht mehr verfügte, wurde meine Position auch hier ab Mitte der 1990er Jahre zunehmend kompliziert. Hinzu kam, dass der wissenschaftliche Mainstream der »Industrial Relations Forschung« auf pfadabhängig gedachte Entwicklungen der gegebenen Institutionen, v.a. der betrieblichen Mitbestimmung fokussierte. In diesem Rahmen von – theoretisch eher anspruchsloser und

¹⁹ Die HBS betrieb ihre anwachsende Forschungsförderung – aus guten Gründen – seit Beginn der 1990er Jahre im Rahmen eines Forschungsförderungsprogramms. Nahe liegender Weise kamen bei dessen Steuerung über Begutachtungsverfahren und dessen Füllung über Projekte, die sich zunehmend an Standards der engeren Wissenschaftsförderung orientierten, die mit Reputation ausgestatteten Repräsentanten der Industrie- soziologie zunehmend ins Spiel.

methodisch doch recht positivistischer – Forschung²⁰ ging es, neben einer geradezu wieder selbstverständlichen Orientierung an Fragen der Effizienz²¹ vielleicht noch um »industrielle Demokratie«, ganz sicher aber nicht um Wirtschaftsdemokratie.²²

- Beide Entwicklungen trugen – nicht allein, aber doch sfs-interne Veränderungsprozesse verstärkend²³ – dazu bei, dass die primäre Forschungsgruppe, auf die ich mich im Ausgang der 1980er Jahre hatte stützen und

²⁰ M.R. Lepsius (2003) hat, m.E. äußerst zutreffend, kritisch festgestellt, die Soziologie sei ein »merkwürdiges Fach«, nicht nur »Krisenwissenschaft«, sondern »selbst eine Dauerkrise«, ohne »Selbstreflexion in bemerkenswertem Ausmaß«, aber »nichts wäre misslicher, als wenn sie selbstgefällige, routinisierte Dauereinrichtung würde, was sie zu einem erheblichen Teil ist« (S. 20). »Es gibt keine richtige fachbezogene Formierung«. Sie fügt sich »in eine Anpassung an vermeintliche oder tatsächliche soziale Probleme, aber die sozialen Probleme ihrerseits haben«, anders als etwa die Rechtswissenschaften, »keine Definitionsmacht auf die Gestalt der Soziologie« (S. 21). Folglich kann man »aus soziologischer Perspektive unabhängig vom öffentlichen Diskurs diskutieren, was man will. Das ist Freiheit, (aber) professionspolitisch würde man natürlich immer darauf hinweisen, dass eine zu große Beliebigkeit eingetreten ist« (S. 22). Sie hat weiterhin keine »normative Kraft, die eine Begriffskontinuität und Begriffsentwicklung sichert« (S. 23), und man müsste »schon zufrieden (sein), wenn an der Professionalität der Innendarstellung gearbeitet« würde (S. 24). Das eigentliche Problem sei »die Erhöhung der Binnenreflexion der Soziologie über den Charakter ihrer Aussagen und über den Charakter ihrer durch Begriffe bestimmten Erkenntnisinteressen« (S. 264). Die »unterschiedlich ausdifferenzierten Paradigmen« des soziologischen Diskurses hätten »Unterhaltungswert«, aber keines »durchdringt die Profession dominant« (S. 29). Die Bindestrichsoziologien entwickelten sich so entlang ihrer selbstgepflasterten Pfade und »es ist ja nicht nur so, dass sie keine Ausstrahlung haben in den öffentlichen Diskurs, sondern ein Großteil unserer Spezial-Communities hat auch keinen Einfluss auf den soziologischen Diskurs im Allgemeinen.« (S. 29)

²¹ Vgl. kritisch zu solcher Theorielosigkeit und praktisch an betriebswirtschaftlichen Fragen orientierten Betriebs- und Industriesoziologie der 1950er Jahre – also vor der neo-marxistisch inspirierten Aufbruchphase der 1970er Jahre – auch Baldamus 1960.

²² Wolfgang Streeck (1983) ist einer der wenigen Autoren, der in einer frühen systematischen Reflexion auf die Unternehmensmitbestimmung – die nach ihrer Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Nachkriegssoziologie sonst kaum mehr das Interesse der industriesoziologischen Industrial-Relations-Forschung auf sich zog – den Bezug zu wirtschaftsdemokratischen Konzepten noch benannt, dann aber für die Weiterentwicklung der Mitbestimmung in der sozialen Demokratie nicht mehr als relevant erachtet hat – in den 1980er Jahren sicherlich mit gewissem Recht.

²³ Die sfs hat in den 1990er Jahren über mehrere Organisationsentwicklungsprozesse, an denen ich als Mitglied des wissenschaftlichen Leitungsgremiums aktiv beteiligt war, haushaltsfinanzierte Forschung nahezu vollständig eingestellt und die Haushaltsressourcen genutzt, um im Rahmen flacherer Hierarchien marktnah aufgestellte kleinere Forschungsgruppen zu formieren und ihnen ggf. konzeptionelle Vorläufe oder Vertiefungen ihrer Arbeit zu ermöglichen. Zugleich wurden so Markterfolge in nochmals verstärkt an-

zu deren Refinanzierung ich wesentlich hatte beitragen können, zunehmend zerfiel.

Folgerichtig war ich seit Mitte der 1990er Jahre – unbeschadet weiterer Arbeit im wissenschaftlichen Leitungsgremium und konzeptioneller Einbindung in einem Forschungsbereich – auf der Projektebene zunehmend ein »Einzelkämpfer«, der nur mit großen Anstrengungen Refinanzierungsnischen für seine thematischen Stränge finden konnte. Diese Lage verbesserte sich später zwar dank des einen oder anderen etwas größeren Projekts – auch bei der HBS –, änderte sich aber nicht mehr grundlegend. Eine mit hinreichenden Ressourcen ausgestattete Forschungsgruppe zu dem mir vorrangig wichtigen Themenfeld von Beteiligung, Mitbestimmung und Gewerkschaften konnte nie wieder gebildet werden. Umso wichtiger wurde für mich seit 2002 das erwähnte Dialogprojekt FNPA.

Die knappe Skizze der »Motivlage« und institutionellen Verortung und zugleich Ortlosigkeit meiner Arbeit ist an dieser Stelle nicht nur deshalb wichtig, um zu verstehen, wie einer dazu kommt, mit großer Beharrlichkeit – und ohne Rücksicht auf wissenschaftliche Konjunkturen²⁴ – an einem Forschungsstrang zu arbeiten, der – zumal im Zeichen des neoliberalen Mainstreams – zunehmend weniger wissenschaftliche und politische Aufmerksamkeit auf sich zieht. Sie macht auch deutlich, auf welche wissenschaftlichen und politischen Konstellationen der im Folgenden vorgelegte Versuch trifft, empirische Anknüpfungspunkte und theoretische Probleme einer »neuen Wirtschaftsdemokratie« zum Thema zu machen:

- Im innerwissenschaftlichen Diskurs der Spezialdisziplin Arbeits- und Industriesoziologie gibt es allenfalls noch marginale Anknüpfungspunkte für entsprechende Überlegungen. Überhaupt sind hier ältere Ansprüche »kritischer Industriesoziologie« eher nur noch am Rande des Mainstreams auszumachen und zu erwarten (vgl. Sauer 2008).
- Empirische Forschung zu Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieb, als Forschung von Soziologen, betriebswirtschaftlicher Organisationsforschung oder Rechtstatsachenforschung gibt es v.a. aus den Jahrzehnten nach Inkrafttreten der Montanmitbestimmung und später des MitbestG'76. Die jüngeren Kommissionsberichte stützen sich demge-

wendungsorientierten Projekten wichtiger und die Akquise von Projekten im Bereich der Grundlagenforschung erschwert.

²⁴ Zur kritischen Bewertung der Logik innerwissenschaftlicher Konjunkturen für eine an den Fragen und Problemen der Praxis orientierte Mitbestimmungsforschung vgl. schon früh Pirker 1978.

genüber lediglich auf Expertenanhörungen und reflektieren politische Aushandlungsprozesse zwischen den Verbänden.

- Die Forschungsförderung der HBS, die wie keine andere Einrichtung auf das Engste mit den Ideen von Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung historisch verknüpft ist, ist seit den 1990er Jahren zunehmend dem wissenschaftlichen Mainstream industriesoziologischer Forschung im Feld der Industrial Relations Forschung gefolgt und damit auch dessen spezifischer Anpassung an das neoliberale Rollback. Mit Ressourcen für Forschung in der Tradition »kritischer Industriesoziologie« ist hier gegenwärtig nur bedingt zu rechnen.
- Selbst Beteiligungsforschung, die zu Zeiten der Hochphase sozialdemokratischer Reformpolitik in den 1970er Jahren konzeptionell und empirisch im industriesoziologischen wie auch politikwissenschaftlichen Diskurs wichtige Impulse erhielt, ist in der Forschungsförderung eher diskontinuierlich und mit den allenthalben zu beobachtenden Verengungen auf Effizienzaspekte betrieben worden.²⁵
- Konzeptionelle Anknüpfungspunkte gibt es demgegenüber in Teilen des politikwissenschaftlichen Diskurses, wo Entwicklungen hin zu einer Krise der Politik seit mindestens einem Jahrzehnt intensiv diskutiert werden.

Auf praktisches Interesse stößt die Debatte über eine »Neue Wirtschaftsdemokratie« bei einer nicht geringen Zahl von Gewerkschaftern. Dies ist nicht überraschend, denn in Zeiten tiefgreifender und krisenhafter ökonomischer und/oder politischer Umbrüche hat das Thema in Deutschland – beginnend mit ersten Ansätzen und Überlegungen zu einer konstitutionellen Fabrik zu Zeiten der Revolution von 1848 – immer wieder Konjunktur gehabt. Für mich ist daher als Mitbestimmungs- und Gewerkschaftsforscher der stetige Dialog mit Akteuren der außerwissenschaftlichen gewerkschaftlichen Praxis ein wichtiger und immer wieder anregender Impuls meiner wissenschaftlichen Arbeit und eine Möglichkeit der kritischen Überprüfung ihrer Ergebnisse gewesen, oder in den Worten von M.R. Lepsius eine Möglichkeit,

²⁵ Wobei Kontinuitäten und Diskontinuitäten hier auch viel mit einem bisweilen raschen Wechsel von ForschungsförderungsreferentInnen zu tun haben. Als Senior Researcher aus einem hochschulfernen Forschungsinstitut sah man sich hier in der letzten Dekade oft genug jungen, dynamischen und selbstbewussten ForschungsförderungsreferentInnen gegenüber, die – geprägt vom neueren akademischen Diskurs und orientiert an der Reputation einschlägiger Professoren – eher wenig fundierte Einsichten in die komplizierten Prozesse anwendungsnaher Forschung und Beratung hatten, einem aber sehr wohl mit dem Anspruch entgegentraten, nachdrücklichen Einfluss auf die eigene Arbeit zu nehmen.

den sozialen Problemen eine Möglichkeit der Definitionsmacht über meine Soziologie zu geben. Ihn noch einmal zitierend, würde ich mir seine Analyse zu eigen machen, dass die Soziologie in einer Zeit, in der »das zentrale Thema heute eigentlich nicht Globalisierung (...), sondern Deinstitutionalisierung und Reinstitutionalisierung« ist (Lepsius 2003: 25), »im Grunde genommen (...) eine Unternehmung zur Zerstörung der herrschenden Folklore über soziale Organisationen und Strukturen. (...) Sie sollte sich stärker der Zerstörung von geglaubten Selbstverständlichkeiten zuwenden und sie könnte das gerade durch die empirische Legitimation von entsprechenden Aussagen«. Völlig zu Recht fährt Lepsius dann fort: »Wir befreien uns nicht von den Problemdefinitionen, wie sie durch Institutionen geschaffen sind, obwohl sie keine plausible Relevanz für eine soziologische Analyse haben« (a.a.O.: 26), und wir haben in einer Zeit der Erosion überkommener institutioneller Strukturen und tiefgreifender Umbrüche »keine richtige Dauerforschung der Konsistenzen von Interdependenzen«, die dabei gegeben sind (a.a.O.: 27).

Die vorliegende Arbeit versteht sich so als der Versuch, gegen einen Mainstream, der sozialwissenschaftliche Dauerforschung in praktischer Absicht, wie sie Pirker für die Mitbestimmungsforschung schon 1978 gefordert hat, erschwert, und gegen ein institutionelles Denken, das uns die Problemdefinitionen für unsere Untersuchungen vorzugeben bemüht ist, die Konsistenzen von Interdependenzen von Leitideen und praktischen Handlungsansätzen sichtbar zu machen und neu an sie anzuknüpfen, die seit den großen bürgerlichen Revolutionen in Amerika und Frankreich²⁶ das Nachdenken und die Debatten um politische und wirtschaftliche Demokratie geprägt haben.

²⁶ Immer noch anregend ist hier der Vergleich von amerikanischer und französischer Revolution in H. Arendts Schrift »Über die Revolution« (Arendt 1974) – trotz der problematischen Unterscheidung von Arbeiten, Herstellen und Handeln in ihren zugrunde liegenden Überlegungen, die Demokratie als »ein politisches und soziales Projekt« (Lieb 2009) schwer denken lassen.